

Oesterreich-Ungarns, die für uns entschei- den ungenügend wäre und eine weitere Verschärfung unserer äußeren Lage sicher zur Folge hätte."

Zur Frage der Räumung der besetzten Ge- biete teilt das nationalliberale Parteiorgan mit: „Die nationalliberale Fraktion hat den Reichskanzler nicht darüber im unklaren gelassen, unter welchen Voraussetzungen sie den Entschlüssen der Regierung zustimmen kann. Sie hat diese Zustimmung nur dann in Aussicht gestellt, wenn feststeht, daß die politische Leitung in der Räumungsfrage keine Schritte unternimmt, die mit einem Votum sämtlicher Heer- führung und Generalstabchefs im Gegensatz stehen würden."

Die nationalliberale „Kölnische Zeitung" er- wartet von dem Inhalt der Antwortnote eine rasche Entscheidung. Sie schreibt:

„Es liegt im Auge dieser schicksalsschweren Zeit, daß, seitdem aus der Krise der grundlegenden Wechsel unseres Regierungssystems wurde, jeder Tag Ereignisse oder Kundgebungen von grundlegender Bedeutung bringt und dazwischen keine Zeit bleibt, sich ihrer Tragweite wirklich bewußt zu werden. Die Weltge- schichte hat am Ende des Weltkrieges ein rasendes Tempo angenommen, und wenn nicht alles trägt, voll- zieht sich der Schluß des furchtbaren Krieges so schnell wie der Beginn."

Eine Kundgebung der Konservativen. Die deutschkonservative Fraktion des Reichstages hat zu den Verhandlungen über die Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson folgende Erklärung be- schlossen:

„Unsere Heere stehen noch immer weit in Fein- desland. Die Räumung des besetzten Gebie- tes, ehe ein ehrenvoller Friede und die Unverletz- lichkeit des Reichsgebietes gesichert sind, kann verhäng- nisvoll werden. Jede Preisgabe deutscher Erde ist mit Deutschlands Ehre unvereinbar. Weite vaterländische Kreise erwarten mit uns eine Erklärung der Regierung, daß sie hieran unberrückbar festhalten wird. Das deutsche Volk ist entschlossen, den heiligen Boden des Vaterlandes bis zum letzten zu verteidigen."

Eine neutrale Zone im Westen? Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist das Pro- jekt aufgetaucht, eine neutrale Zone zwischen den Heeren zu schaffen. Die Ötente-Armeen würden dann ihre Angriffe einstellen und auf der bishä- rigen Front verharren, während die deutschen Armeen das besetzte Gebiet räumen würden. Die hier- durch geschaffene Zone würde von Truppen einer neu- tralen Macht besetzt werden. Man denkt hierbei an Holland.

Ein englischer Kriegshörer. Der englische Munitionsminister Churchill erklärte in Leeds in einer Rede: Täglich werden bis zu 12000 Tonnen Granaten abgeschossen. Es müssen Vorbereitungen getroffen werden, um den Krieg im Jahre 1919 auf noch größerer Grundlage und mit Hilfe noch größerer Hilfsquellen fortzusetzen; denn wir haben es mit einem ver- schlagener Feinde zu tun, der noch über unge-heure Hilfsquellen verfügt. Selbst wenn er Frank- reich und Belgien räumen sollte, würde dies noch nicht die Annahme unserer unvermeidli- chen Bedingungen sichern; denn er könnte dann an seiner eigenen, stark befestigten Grenze standhalten. Die Erzeugung von Munition darf daher nicht nachlassen, besonders da es notwendig sein wird, daß Frankreich und England in ausgedehntem Maßstabe die Bewaffnung und Ausrüstung der ameri- kanischen Streitkräfte unterstützen.

Balfours Prophezeiungen über den Frieden. Aus Londoner Telegrammen geht hervor, daß die Neußerungen Churchills, Balfours und Lauriers, des liberalen Leiters Kanadas, keine be- sondern großen Erwartungen betreffend des baldigen Friedensschlusses widerspiegeln. Balfour er- klärte dagegen, daß er baldige Friedensmöglichkeiten mit der Türkei, unter Umständen auch mit Oester- reich voraussetze.

Die deutsche Valuta steigt. Der „Schweizer Allgemeine Pressdienst" meldet: Das deutsche Friedensangebot hat eine Steigerung des Kurses der Reichsmark verursacht. In Zürich ist der Kurs von einem Tag zum andern von 88,75 auf 89 gestiegen. Auch in den anderen neutralen Hauptstädten ist er merklich in die Höhe gegangen. — Hierzu bemerkt das „Berliner Tagblatt", daß dies ein sicheres Vertrauenszeichen für die Friedens- wirtschaft Deutschlands sei. Es zeigt sich, daß nur der Krieg in seiner unnatürlichen Abwertung den Reichs- markkurs wesentlich unter den Friedensstand bringen konnte. Die deutsche Friedenswirtschaft wird dem Aus- lande gegenüber wieder kauflähig und lieferungsfähig wie früher sein.

Die Beurteilung der Friedensausflüchte im Verlaufe. Der „Temps" meldet aus Newyork, daß die Wet- ten für ein Kriegsende bis Ende Novem- ber am 8. d. M. nach Bekanntwerden der Wilsonschen Antwort auf 9:1 festliegen sind. Der Stand am 1. Oktober war noch 3:1 für einen Frieden nach dem 31. Dezember und 1:2 für einen Frieden bis 31. Januar 1919.

Zur inneren Lage.

Der weitere „Ausbau" der Reichsverfassung. Dem Reichstag sollen schon in kürzester Zeit, viel- leicht schon zur nächsten Sitzung am Mittwoch, zwei Vorlagen zugehen, die den weiteren Ausbau der Reichs- verfassung im Sinne des Parlamentarismus zum Ge- genstand haben. Die eine Vorlage bezieht sich, wie

schon mitgeteilt, auf Artikel 11 der Reichsver- fassung, nach welchem der Kaiser die alleinige Be- fugnis hat, namens des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nur in Bezug auf die Erklärung eines Angriffskrieges bedarf bisher der Kaiser der Zustimmung des Bundesrates. Durch die neue Vorlage soll nun die Mitwirkung des Reichs- tages bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Verfassung festgelegt und deutlicher als bisher zum Ausdruck gebracht werden, daß das Reich, wie 1870 der Bundeskanzler erklärte, ein wesentlich defensives Staatswesen ist. Durch die zweite Vorlage, die zu Ar- tikel 17 der Reichsverfassung eingebracht wird, soll eine Kanzlerverantwortlichkeit geschaffen wer- den. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers für Anord- nungen und Verfügungen im Namen des Reiches ist bereits in dem erwähnten Artikel festgelegt, aber es fehlt bisher an Bestimmungen über die rechtliche Wir- kung, die diese Mitverantwortlichkeit für den Kanzler selbst hat.

Weitere Veränderungen in den Reichskstellen. Wie die „Sozialdemokratische Korrespondenz" mit Bestimmtheit hört, scheidet Unterstaatssekretär Dr. August Müller (ein Sozialdemokrat) aus dem Kriegsernährungsamt aus. An seine Stelle tritt Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, der sich schon bisher im Ernährungsbeirat des Reichstages be- tätigt hat. August Müller tritt als Unterstaatssekre- tär in das Reichswirtschaftsamt ein, für das zuerst Robert Schmidt vorgesehen war.

Die französische Presse und der neue preussische Kriegsminister. Die Ernennung eines Elsäßers zum preussischen Kriegsminister kommt der Pariser Presse sehr unge- legen und der „Matin" verläßt nicht die Gelegenheit, General Scheuch als elsäßischen Renegaten hinzu- stellen und zu erklären, Scheuch sei wohl der „einzige Elsäßer" (!), der zum deutschen Offizierkorps gehöre.

Der neue Chef des Kriegsamt. Generalmajor Ulrich Hoffmann ist zum Chef des Kriegsamt ernannt worden.

Der neue Statthalter Elsaß-Lothringens. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin: Der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander hat den an ihn ergangenen Ruf, Statthalter von Elsaß-Lothringen zu werden, angenommen. Gleichzeitig ist entschieden worden, daß der reichsländische Reichs- tagsabgeordnete Paul Staatssekretär in der Elsaß-Lothringischen Regierung wird.

Eine Amnestie. Aus Berlin wird gemeldet: Der Kaiser hat den Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauf- tragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preussischen Obergerichten einschließlich der außerordent- lichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, ins- besondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Ge- legenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Be- wohnungsunruhen und ähnlichen Ausschreitun- gen bestraft sind, in welchem Umfange ihm zur Be- gnadigung vorzuschlagen. Ein gleicher Auf- trag ist von den deutschen Bundesfürsten und Senaten der freien Städte wegen der in ihren Gebieten begangenen gleichartigen Straftaten er- gangen.

Die Umwälzungen in Oesterreich-Ungarn.

Der selbständige tschechische Staat. Die Meldung, daß die Ministerkrise in Oester- reich-Ungarn bereits ausgebrochen sei, muß als verflücht angesehen werden. Immerhin ist nicht daran zu zweifeln, daß mit dem Empfang von 30 Abgeordneten bei dem Kaiser die Frage der Neuordnung in Oesterreich ausgetrollt wird. Inzwischen liegt von tschechischer Seite bereits eine ablehnende Stimme gegen den Eintritt in das österreichische Völkermuseum vor. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Tuzar veröffentlicht einen Artikel, in dem er heißt, daß in Oesterreich wieder geheime Kräfte an der Arbeit seien, damit das alte Oester- reich in irgend einer Form erhalten wird. Nur die alte Firma soll neu angestrichen werden. Die Tschechen würden jedoch den Eintritt in das sogenannte Friedens- oder Liquidationsministerium entschieden ablehnen. Sie verbitten sich alle Umänderungsversuche Wiens und Bu- dapests an das Schicksal des tschechisch-slowakischen Volkes. Sie fordern die sofortige Konstituierung des tsche- chischen Staates mit einer tschechischen Regie- rung an der Spitze. Bei der Friedenskonferenz würden sich die Vertreter dieser Regierung ebenfalls an den gelinen Tisch setzen. Wenn die Tschechen ihre Regie- rung haben, könne über die Liquidation Oesterreichs verhandelt werden.

Unter den 28 zum Kaiser berufenen Abgeord- neten befinden sich die Tschechen Stanzel und Rlofac die Südslawen Koroschec, die Sozialdemokraten Adler, Seig und Sellger. Für die allernächste Zeit soll in der Angelegenheit der südslawischen Frage eine wichtige Manifestation bevorstehen. Die Deutschen Welschti- rols richteten an die Deutsch-Oesterreicher einen Hilfs- aufruf.

Konstituierung einer deutsch-böhmischen Nationalversammlung.

Der Beschluß der deutsch-böhmischen Vereinigung hat der Abgeordnete Pachter an den Sozialdemokraten Ab- geordneten Sellger ein Schreiben gerichtet, wonach sich die bürgerliche Partei und die Vertreter der deutschen sozial-

demokratischen Arbeiterparteiern geneigt hätten, sämtliche deutsch-böhmischen Reichsratsabgeordneten zu einer Beratung und zur Konstituierung als deutsch-böhmische National- versammlung einzuladen, auf deren Tagesordnung die Wahl eines Ausschusses stehen würde, der den Namen Deutsch-böhmischer Nationalrat führen könnte. An der Versammlung sollen Heerenhausmitglieder nicht teil- nehmen, dagegen wird die deutsche Sozialdemokratie eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen. Die Antwort des Ab- geordneten Sellger lautet zustimmend. Es heißt, daß die allgemeine deutsch-böhmische Abgeordnetenversammlung für nächste Woche in Aussicht genommen sei. Ob die Versamm- lung in Wien oder in einer Stadt Deutsch-Böhmens statt- findet, darüber steht noch nichts fest.

Sofrat Lammach wurde in den letzten Tagen zweimal vom Kaiser Karl empfangen. Auch Graf Czernin wurde zum Kaiser befohlen. Das Manifest Kaiser Karls über Umwandlung Oesterreichs in einen selbständigen Nationalbundesstaat wird bereits für Anfang kommender Woche erwartet.

Die Ereignisse in Bulgarien.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die „Agence Bulgare" veröffentlicht einen formellen Pro- test der bulgarischen Regierung, wonach sich die deutschen Truppen, die Bulgarien verlassen, Vorräte und Materialien der bulgarischen Armee gewaltsam aneigneten, daß sie Ma- terial und Ausrüstungsgegenstände des Roten Kreuzes mitnehmen und die verwundeten bulgarischen Soldaten zwingen, ihre Kleider und Stiefel auszugeben, und sie halb- nackt auf der Landstraße liegen ließen. Der Ton dieses Protestes läßt darauf schließen, daß der französische Pro- pagandabienst die Zeitung der „Agence Bulgare" aber- nommen hat. Eine Erwiderung auf den Inhalt erübrigt sich.

Radostawow geflüchtet? Wie die „Agence Bulgare" meldet, versichert man, daß der bisherige bulgarische Ministerpräsident Radostawow als deutscher Offizier verkleidet aus Sofia geflüchtet ist.

D'Espery in Sofia. Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet: Der französische General d'Espery hat sich nach Sofia begeben, um den Vollzug der Bedingungen des Waffenstillstandes gegenüber Bulgarien zu überwachen.

General Sawow verhaftet. Wie der „Neuen Freien Presse" aus Sofia gemeldet wird, ist General Sawow in Sofia verhaftet worden. Der Oberbefehlshaber der 2. Armee, General Lukow ist zum Chef des Generalstabes ernannt worden.

Die Bulgaren in Deutschland. Der Abreise bulgarischer Staatsbürger aus Deutschland werden auf Grund der Maßregeln der deutschen Reichs- verwaltung keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Dagegen gestattet bis jetzt die österreichische Regierung die Durchreise durch Oesterreich nicht. Es sind jedoch deshalb Verhandlungen mit der österreichischen Regierung, die Ausflüchte auf Erfolg haben.

Die Riesen Schlacht im Westen.

Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet:

Keine größeren Kampfhandlungen.

Die Flucht aus Lille. Auf Ansuchen der obersten Heeresleitung hat die deutsche Regierung die Schweizer Regierung gebeten, sie möge sich umgehend an die französische Regierung wenden, und ihr mitteilen, daß sich der Einwohner von Lille und der umliegenden Arbeiterstädte eine ungeheure Erregung bemächtigt habe. Die Furcht vor einer Beschießung dieser Städte durch die Engländer mache eine allgemeine Panik wahrscheinlich. Falls es infolgedessen zu einer Massen- flucht von vielen Tausenden von Menschen komme, mit welcher mit Sicherheit gerechnet werden müsse, so werde die deutsche Heeresleitung nicht instande sein, für diese Massen aus- reichend zu sorgen, so sehr sie bemüht sei, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern. Gleichzeitig ist unter Mitteilung des geschicktesten Sachverhaltes die holländische Regierung gefragt worden, ob es ihr möglich sein werde, für die Unter- bringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische Regierung hat auf unsere Anfrage ihre Bereitwilligkeit erklärt, nach Möglichkeit zu helfen. Von der französischen Regierung ist bisher keine Mitteilung eingegangen. Mittlerweile hat die beschränkte Massenflucht eingelebt.

Ein Amsterdamer Blatt meldet, daß mit Rücksicht auf die zu erwartenden Flüchtlinge aus Belgien und Nordfrank- reich außer in Zeeland auch in Brabant und Limburg die militärischen Urlaube eingezogen wurden.

Kleine politische Meldungen.

Die Besetzung des neuen chinesischen Präsidenten Der neue Präsident der Republik Sinschiang hat den Eid geleistet und das diplomatische Korps in offizieller Audienz empfangen. Torpedier. Nach Mitteilung der englischen Admiralität werden von den amerikanischen Truppen an Bord des untergegangenen amerikanischen Handelstrugers Orizanto 835 Mann, von der Besatzung des Schiffes 11 Offiziere und 85 Mann vermißt. Man berichtet, daß sie ertrunken sind. Der Dampfer Rasmis, der mit dem Orizanto zusammengestoßen war, hat einen schottischen Hafen erreicht und die an Bord befindlichen Truppen ohne Verlust gelandet. — Lord Brench hat mitgeteilt, daß von den an Bord des Zeiniter befindli- chen 790 Personen 193 gerettet sind. — Aus Washington wird amtlich gemeldet: Die Concordaroga wurde am 30. September torpediert. 10 Offiziere und 111 Mann werden vermißt. Die Vorgänge in Polen. Wie die Warschauer Wälder melden, fand in Warschau ein Konvrat statt, welcher sich mit der unmittel- baren Übernahmung der Landesverwaltung und der Heeres- bildung befaßte. Sapeta Wotanna verleiht das Verbot, daß die polnische Regierung Schritte unternimmt zwecks Aufnahme eines 500 Millionen-Wertes in Deutschland für den Wiederaufbau. Die Vorgänge in Rußland. Aus Moskau wird ge- meldet, daß im Bezirk Tschernomow im Gouvernement Nowgorod der Organisationsrat der armen Bauern erschlagen wurde, worauf die Befehle, den Bischof Warsjanow und die Mitglieder des Wladykowskischen Klosters, Serafime, nebst 8 anderen Personen er- schossen wurden.

ernste
ger
Nam
mit
famit
tostel
schwi
blefen
für
am
ab.
nomi
geld
erhöht
schaf
4 25
112
die K
bank
geno
Fabr
ein
deffer
Schli
zu 10
1608
3110
5176
7242
8087
1041
1685
3843
8698
Marz
2581
4810
8073
10224
band
mit e
wand
Einga
Preis
Gast
Anfud
11 U
Amts
giren
und b
allgem
nifier
nisse i
k
Arleg
bot, w
hier er
fältige
vollend
der 13
am E
gabe d
nach de
in die
Land
für die
das G
und die
Pri. G
d. Herr
vortrag
eine ber
Sie wu
virtuoso
geistvoll
jedemfal
langen
wichtig
gesund,
Künster
Handelt
in seiner
„Ich mi
wiltwe
nachahn
erregte.
mit wels
hätte, g
nannte
bel den
S. Weh
„Künste
dichter
Beschlu
„Die
anlm
entfalte
prachtvo
entschied
und Pre
sondere
and die
tung bea